

Frank P r e i ß

[21.12.2005]

Der Gasstreit

Hinter der russischen Gaspreiserhöhung steht offenbar mehr als eine Revanche für die „Orangenrevolution“ in der Ukraine

Der lange Zeit schwelende und in den letzten Tagen kulminierende Konflikt um Brennstofflieferungen aus Russland an die Ukraine wird hierzulande meist als Gegenreaktion auf die Westintegration Kiews oder als Versuch des Kreml gewertet, den orangenen Revolutionsvirus vom Pelz des russischen Bären fernzuhalten. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass in diesen Erklärungsversuchen ein rationaler Kern steckt. Trotzdem bleiben derartige Erklärungen ungenau und lassen einige wichtige Aspekte unbeantwortet.

Warum reagiert Russland erst jetzt so vehement? Bereits vor der kürzlichen Visite von Frau Condoleezza Rice in Kiew waren von der Regierung Juschtschenko die Weichen schon klar in Richtung NATO und EU gestellt worden. Warum hat Moskau nicht gleich nach dem „revolutionären“ Regierungswechsel vor über einem Jahr die Energietrumpfkarte gezogen? War es die sprichwörtliche russische Schlafmützigkeit, die den Zug ohne Reaktion abfahren ließ und soll nunmehr das Verpasste nachgeholt und der abtrünniger Bruder zur Räson und heim in den Schoß der Familie gebracht werden?

Wer Russland nicht nur aus den Erzählungen der Kremlastrologen kennt und die Entwicklung der Föderation in den letzten Jahren vorurteilsfrei verfolgt hat, den werden solch simple Erklärungen jedoch nicht recht befriedigen.

Die Regierung Fradkow und damit Präsident Wladimir Putin scheinen tatsächlich sehr gewichtige Gründe zu haben, die Beziehungen zum Nachbarland neu zu bestimmen. Die Erklärung als Abrechnung mit einem „Überläufer“ mag zwar eingängig sein, ist aber wohl kaum zutreffend.

Russlands Außenpolitik zeugt schon geraume Zeit von zunehmendem Realitätssinn. Man lamentiert nicht mehr lautstark über die Ostausdehnung der NATO, sondern schätzt diese ganz nüchtern als mögliche militärische Bedrohung ein und analysiert die notwendigen Gegenmaßnahmen. Moskau bemüht sich auch, nicht jedes Mal über das Stöckchen zu springen, das ihm der We-

sten regelmäßig in der Hoffnung hinhält, der angeschlagene Riese komme ins Straucheln.

Vielleicht ist es für Russland sogar hilfreich, dass neben den unzähligen inneren Problemen auch die Außen- und Sicherheitspolitik Anlass zur ständigen Sorge gibt.

Dabei ist die Ukraine aber nur ein Steinchen im Mosaik, wenngleich ein sehr wichtiges. Russlands Sicherheitsarchitektur basiert immer noch unübersehbar auf dem Erbe der Sowjetunion. Das betrifft nicht nur den Aufbau, die Struktur und die Bewaffnung der Streitkräfte sondern auch die Auffassungen zum Charakter künftiger bewaffneter Konflikte und zur möglichen Art und Weise moderner Kriegsführung. Die Militärtheorie und die Sicherheitspolitik waren nach 1991 zunächst lediglich vom vermeintlichen ideologischen Ballast des „Marxismus-Leninismus“ befreit und den neuen Idolen Marktwirtschaft und Demokratie angepasst worden. Dabei wurden westliche Muster bereitwillig kopiert und man verzichtete weitgehend auf eigene Ideen. Viele Jahre glaubten auch die Militärpolitiker, dass die Zeit alles richten werde und man so weiterwerkeln könne, wie man das gewohnt war.

Die Wirklichkeit hat Russland nunmehr unerbittlich eingeholt. Die propagierte Militärreform ist gescheitert und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) hat sich nicht als Nachfolger der Sowjetunion erwiesen, sondern war lediglich Schicksalsgemeinschaft beim Prozess einer möglichst schmerzlosen Desintegration. Auch die Militärdoktrin und andere Grundsatzdokumente waren nicht hinreichend weitsichtig und tiefgründig. Dem Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien stand Russland zwar ablehnend aber völlig hilflos gegenüber. Auch bei der Vorbereitung und Durchführung des Irakkrieges verhalten die russischen Einwände unbeachtet.

Dagegen drängen die USA immer ungestümer in den postsowjetischen Raum. Offenkundig sieht Washington in der Ukraine den Schlüssel zu Eurasien.

Die Schwarzmeerflotte ist nun offenbar für immer im Ausland, auf der Krim, stationiert und Kiew nutzte in letzter Zeit jede Gelegenheit, Russland mit der möglichen Kündigung der Stützpunktnutzung zu erpressen, auch wenn diese bis 2017 vertraglich geregelt ist. Dass das Szenario zum Anheizen der Gegensätze nicht nur in Kiew geschrieben wird, ist kein Geheimnis.

Der ukrainischen Regierung scheint es bislang überhaupt nicht in den Sinn zu kommen, dass sie sich damit vielleicht einen riesi-

gen Bären dienst erweist. Russland hat offensichtlich insgeheim schon längst den Stab über die einst stolze Flotte gebrochen. Es baut zwar einen neuen Stützpunkt in Noworossisk, erwägt aber allem Anschein nach in einigen Jahren nur noch eine kleine Küstenschutzflottille in der Region zu haben.

Wozu soll Russland auch in einem faktischen NATO-Binnenmeer eine teure aber militärisch nutzlose Hochseeflotte unterhalten? Diese Mittel und die 97 Millionen US-Dollar, die Russland an die Ukraine für den Stützpunkt jährlich zahlt, oder, genauer gesagt mit deren Gasschulden verrechnet, könnten woanders besser angelegt werden. Man schaue sich nur einmal russische Schulen oder Polikliniken an!

Auch die wirtschaftliche und militärtechnische Kooperation ist längst nicht mehr das gewichtige Bindeglied, das es bis vor kurzem noch darstellte. Vor allem die Luft- und Raumfahrtindustrie stemmte sich einer Scheidung immer wieder entgegen, während andere, wie der Schiffsbau, schon lange getrennte Wege gingen.

Als Wladimir Putin vor einigen Jahren verkündete, dass die Nutzungsdauer der Interkontinentalraketen RS-20 (NATO-Code SS-18 „SATAN“) verlängert werden solle und diese bis etwa 2015/2020 das Rückgrat der russischen Verteidigung bilden sollen, war er sich offensichtlich nicht im Klaren darüber, was er damit auslöste. Die 85 Raketen dieses Typs mit ihren einzeln lenkbaren 10-fachen Gefechtsköpfen sind es, die Russland vor allem seinen Status als militärische Großmacht garantieren. Moskau ist jedoch bei der Weiternutzung der Geschosse auf Geheiß und Verderb auf den im ukrainischen Dnepropetrowsk beheimateten Hersteller „Juschmasch“ angewiesen. Wenn dieses Staatsunternehmen dem Kreml die kalte Schulter zeigt, dann bleiben Russland als Ersatz künftig nur noch die Raketenkomplexe RS-12 „Topol“ (NATO-Code SS-25/27), von denen gegenwärtig aber weniger als 10 pro Jahr in Dienst gestellt werden. Um die Lücke zu schließen, benötigte Russland nicht nur enorme Mittel, sondern müsste kurzfristig neue Rüstungskapazitäten schaffen.

Auch im zivilen Flugzeugbau zittern die Partner um ihre Projekte. Erinnerung sei hier nur an das Transportflugzeug AN-70. Der diesjährige Moskauer Luft- und Raumfahrtsalon MAKS-2005 hat aber gezeigt, dass sich die russischen Unternehmen offenbar damit abgefunden haben, dass die ukrainischen Brüder nicht mehr unbedingt erste Wahl bei der künftigen Partnerschaft sind. Am deutlichsten wird das beim Projekt des neuen Mittelsteckenpas-

sagierflugzeugs RRJ (Russian Regional Jet). Der Hauptauftragnehmer, die russische Holding „SUCHOI“ kooperiert hier erfolgreich mit westlichen Partnern wie „Thales“ oder „Honeywell“. Ob die Tage des ukrainischen Flugzeugbauers „Antonow“ schon gezählt sind, steht indes noch nicht fest. Vielleicht findet sich ein „rettender Investor“ aus dem Westen.

Ein weiterer Stolperstein soll hier nicht unerwähnt bleiben. Russlands Militärs, vor allem die strategischen Raketentruppen und die Kosmostruppen, sind auf Frühwarnradarstationen angewiesen, die sich infolge des Zerfalls der UdSSR im „nahen Ausland“ befinden. Neben der Station „Wolga“ in Belarus sind die beiden Raketenangriffswarnsysteme in Sewastopol auf der Krim und in Mukatschewo an der ukrainisch-ungarischen Grenze, deren Nutzung in zwei Verträgen zwischen Russland und der Ukraine 1992 und 1997 geregelt wurden, von unschätzbarem Wert für Russland. Russische Quellen berichten davon, dass die Ukraine gegenüber Russland verstärkt damit droht, den USA Zugang zu diesen Geheimobjekten zu verschaffen bzw. deren Nutzung gleich ganz zu unterbinden.

Der russische Generalstab erwägt daher wohl ernsthaft, die Stationen vorher zu schließen und nach Russland zu verlegen. Das wird zwar nicht billig, wie seinerzeit die Erfahrung mit der Radarstation im litauischen Skrunda gezeigt hat, die vor einigen Jahren auf Druck der NATO geschlossen und in Russland neu gebaut wurde. Bedenkt man aber, dass Russland mit Mehreinnahmen in Höhe von etwa 3 bis 4 Milliarden US-Dollar aus der Gaspreiserhöhung rechnet, dann erscheinen die Kosten für die Umrüstung der Frühwarnsysteme hinnehmbar.

Hier geht es aber freilich nicht nur um finanzielle Fragen. Russland, das sich in der Nachfolge sowohl der UdSSR als auch des zaristischen Reiches sieht, fällt es mitunter nicht leicht, den neuen Realitäten Rechnung zu tragen. Hin und wieder klingt dabei das wehmütig-nostalgische Klagelied über die verlorene einstige Stärke und Größe durch.

Allmählich ist aber die Transformationsphase zu einem gewissen Abschluss gekommen, sind Erfolge und Fehlschläge sichtbar. Russland ist nun dabei, zu bestimmen, wie seine Innen- und Außenpolitik in den nächsten Jahren gestaltet werden soll. Sicher versucht Wladimir Putin dabei auch, die Voraussetzungen für seinen Einfluss nach der Präsidentschaft vorzubereiten. Wladimir Wladimirowitschs sichtlicher Hang zum Bonapartismus setzt manche bürgerlich-demokratische Spielregel einfach außer Kraft.

So ist es nur folgerichtig, dass verstärkt auch neue, bisweilen überraschende Gedanken und Konzepte kundgetan werden und sich erste Konturen von etwaigen Kursänderungen abzuzeichnen beginnen.

Einerseits wird Russland wohl versuchen, die Schanghai Gruppe (SCO) stärker im Interesse der eigenen militärischen Sicherheit und als Gegenpol zur US-Dominanz zu nutzen. Moskau hat offenbar immer weniger dagegen einzuwenden, dass China künftig in der Kaspi- und Kaukasusregion aktiver in Erscheinung tritt und dort gemeinsam mit Russland agiert. In den anderen Mitgliedstaaten Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan konnte Russland seine Position schon sichtlich ausbauen.

Andererseits zeichnen sich auch innenpolitische Veränderungen in der Russischen Föderation ab, die über die üblichen kosmetischen Veränderungen hinausgehen könnten.

Präsident Putin nimmt die gescheiterte Militärreform äußerlich relativ gelassen. Statt den Verteidigungsminister, Sergej Iwanow, nach alter Sitte in die Wüste zu schicken, ernennt er diesen zum Ersten Stellvertreter des Ministerpräsidenten und schürt damit zudem das Gerücht, Iwanow wäre auch sein künftiger Nachfolger. Der Haushalt für 2006 sieht nur noch 2,74% des BIP für Militärausgaben vor (2005 waren es 2,84%) und Putin äußerte vor kurzem gar, dass das Militär zugunsten eines Investitionsprogramms für Bildung und Gesundheitswesen zurückstecken müsse und verblüffte damit sogar manchen Experten.

Eine mögliche Erklärung dafür kam, wie so oft aus der Gerüchteküche. Was die Spatzen da Mitte Dezember aber von Moskaus verschneiten Dächern piffen, war zu brisant und zu detailliert, um als zufällige Indiskretion zu gelten und wurde daher begierig aufgegriffen:

Russlands Militär stände vor einem erdrutschartigen Umbau. Dass die Truppenstärke innerhalb kürzester Zeit um 100.000 Mann verringert werden solle, sei dabei fast schon eine Kleinigkeit. Angeblich sollen alle Militärbezirke und die Kommandos aller Teilstreitkräfte aufgelöst werden. Außer einer geringen Anzahl strategischer Schlüsseltruppen würden alle anderen Komponenten den neu zu bildenden Kommandos mehrerer „Strategischen Richtungen“ unterstellt. Damit würden die Russischen Streitkräfte in hohem Maße dezentralisiert!

Sofort erhob sich erste Kritik. Dies sei gar eine Rückkehr zu Lew Trotzki's Territorial-Milizarmee nach dem Bürgerkrieg, wettet der

Militärjournalist Alexander Babakin. Außerdem verlören vor allem der Generalstab und das Verteidigungsministerium an Einfluss.

Es bleibt nun abzuwarten, ob Putin und Iwanow wirklich den Mut haben, sich mit der allmächtigen Militärbürokratie und der Rüstungslobby anzulegen. Das wäre gleichzeitig auch ein saftiger Hieb gegen die allgegenwärtige Korruption und Vetternwirtschaft. Können die russischen Eliten überhaupt ihren Pelz waschen, ohne sich selbst nass zu machen? Aber das ist schon wieder eine andere Geschichte.

Völliges Neuland würden sie freilich nicht beschreiten müssen. Der kleine Verbündete Belarus hat, so wird berichtet, vorge-macht, wie man aus einer zerrütteten, demoralisierten Armee eine funktionierende Truppe formiert, die nicht nur eine hinlängliche Verteidigungsfähigkeit aufweist, sondern auch hohe Achtung in der Bevölkerung genießt. Außerdem erzählt man sich vom westlichen Nachbarn Russlands, dass man dort gegen Korruption ernsthaft vorgehen würde...

Und Kiew? Die neue Konzeption würde die Aufgabe aller unsicheren und „perspektivlosen“ Stützpunkte beinhalten und die Sicherheit vom Boden Russlands aus garantieren.

Die Ukraine wäre dann endlich „richtiges“ Ausland und nur noch für die NATO von unmittelbarem militärischem Interesse, aber als Rohstoffkäufer und Handelspartner in Russland wohl weiter gerne gesehen - zu Marktpreisen, versteht sich!

Für Subventionen wären dann jedoch Washington und Brüssel zuständig.